

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

Per Mail: energie@bwl.admin.ch

Bern, 10. November 2025

**Verordnung über die Umsetzung von Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der Gasversorgung in einer schweren Mangellage
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Verordnung über die Umsetzung von Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der Gasversorgung in einer schweren Mangellage Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Städte spielen in der Energiepolitik eine zentrale Rolle: als Planungs- und Genehmigungsbehörden, als Eigentümerinnen von Energieversorgungsunternehmen (Strom, Gas und Wärme) sowie durch ihre Vorbildfunktion gegenüber Bevölkerung und Wirtschaft. Ausserdem befinden sich die meisten Energieverbraucherinnen und -verbraucher in Städten, städtischen Gemeinden und Agglomerationen. Letztere sind selbst grosse Endverbraucherinnen. Deshalb misst der Städteverband Massnahmen, die zur Stärkung der Energieversorgungssicherheit beitragen, besondere Bedeutung bei.

Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Falle einer Gasverknappung ist für die Sicherstellung einer stabilen Versorgung von zentraler Bedeutung. Der Städteverband begrüsst daher ausdrücklich den Abschluss des Solidaritätsabkommens zwischen der Schweiz, Deutschland und Italien. Ebenso wird die Schaffung einer klaren rechtlichen Grundlage zur Umsetzung dieses Abkommens positiv bewertet.

Der Städteverband weist darauf hin, dass die Solidaritätsmassnahmen zwischen Deutschland und Italien – die erheblichen Gasmengen und Kapazitäten der Transitpipeline auf Schweizer Gebiet betreffen könnten – die Versorgung in der Schweiz nicht beeinträchtigen darf. Sollte es dennoch zu einer Beeinträchtigung kommen, erwartet der Städteverband, dass die zuständigen Behörden der drei Vertragsstaaten umgehend die notwendigen Massnahmen ergreifen, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz zu gewährleisten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Schweizerischer Städteverband

Präsident

Hanspeter Hilfiker
Stadtpräsident Aarau

Direktorin

Monika Litscher

Kopie: Schweizerischer Gemeindeverband